

## 208 Millionen Euro

hat der Ministerrat in Rom gestern für die 12 Regionen lockergemacht, die bei den schweren Unwettern im vergangenen November Schäden erlitten haben. „Die Regierung unterstützt die von den Unwettern betroffenen Regionen“, twitterte Premier Giuseppe Conte. 40 Millionen Euro soll Venetien erhalten. Venedig und das Festland der Lagunenstadt hatten laut den Behörden Schäden in der Größenordnung von einer Milliarde Euro erlitten.

40 Millionen Euro soll Venetien erhalten. Venedig und das Festland der Lagunenstadt hatten laut den Behörden Schäden in der Größenordnung von einer Milliarde Euro erlitten.



### Bundesregierung bestätigt Zoll-Drohung der USA

BERLIN (dpa). Die deutsche Regierung hat bestätigt, dass die USA im Streit über das Atomabkommen mit dem Iran der EU mit Zöllen auf Autos gedroht haben. In einer geheimen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags erklärte eine hochrangige Diplomatin des Auswärtigen Amtes nach Angaben von Teilnehmern am Freitag, dass die USA am 8. Januar auf hoher Beamtenebene beide Themen miteinander verknüpft hätten. Die Drohung sei aber von den 3 am Atomabkommen beteiligten europäischen Staaten – Deutschland, Frankreich und Großbritannien – zurückgewiesen worden.

# Mehr Netto vom Brutto

**PLAN:** „Renzi-Bonus“ für Einkommen unter 26.000 Euro jährlich soll durch Steuersenkung auf 100 Euro steigen

ROM (mit). Die Regierung in Rom konkretisiert ihre Pläne zur Senkung der Lohnnebenkosten. Premier Giuseppe Conte und Wirtschaftsminister Roberto Gualtieri trafen gestern die Gewerkschaften und bestätigten, dass die Senkung der Lohnnebenkosten auf Gehälter und Löhne Jahreseinkommen von bis zu 40.000 Euro brutto betreffen werden.

Der sogenannte „Renzi-Bonus“ von 80 Euro pro Monat für Arbeitnehmer mit einem Einkommen von unter 26.000 Euro brutto jährlich, soll ab Juli 2020 durch eine Senkung der Lohnnebenkosten auf 100 Euro pro Monat und Arbeitnehmer steigen. 16 Millionen Italiener sollen davon profitieren. Laut dem Regierungsplan sollen Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen bis zu 1200 Euro jährlich mehr Geld



Niedrige Einkommen sollen durch eine Steuerentlastung steigen.

in der Tasche haben.

Wer über ein Einkommen von bis zu 33.000 Euro brutto verfügt, wird dank der niedrigeren Lohnnebenkosten einen Vorteil von

1000 Euro pro Jahr haben. „Die Senkung der Lohnnebenkosten ist der erste Schritt in Richtung einer umfangreichen Steuerreform. Dabei wird die Reform der Ein-

kommenssteuer IRPEF Priorität haben. **Unser Ziel ist, den Steuerdruck auf Arbeitnehmer und Familien zu reduzieren.** Von der Steuerreform sollen auch Pensionisten profitieren. Wir wollen das Steuersystem gerechter gestalten“, erklärte Conte im Gespräch mit den Arbeitnehmerorganisationen in Rom.

Wirtschaftsminister Gualtieri erklärte sich mit dem Treffen mit den Gewerkschaften zufrieden. „Die Senkung der Lohnnebenkosten ist ein konkreter Schritt zur Förderung des Konsums und des Wachstums in Italien“, so Gualtieri.

Die Regierung habe einen Weg eingeschlagen, dank dem die Arbeitnehmer mehr Geld in der Tasche haben werden. Annamaria Furlan, Chefin der Gewerkschaft CISL, bezeichnete die Senkung der Lohnnebenkosten als wichtigen Schritt. Auch der Steuerdruck auf Pensionen sei so rasch wie möglich zu reduzieren.

© Alle Rechte vorbehalten



### Elektroschock-Pistolen jetzt freigegeben

ROM (mit). Nach Ende einer mehrmonatigen Testphase in mehreren Großstädten hat die Regierung in Rom am Freitag beschlossen, dass Polizisten und Carabinieri in ganz Italien Elektroschock-Pistolen einsetzen können. Die sogenannten Taser waren im Rahmen einer Testphase in 12 Großstädten von Polizisten verwendet worden. Die Waffen würden die Sicherheit der Beamten garantieren, ohne dass die Zielperson zu große Schäden erleide, verlaute es in Regierungskreisen. Eine Elektroschockpistole oder Distanz-Elektroimpuls-Waffe, kurz Taser, schießt mit Widerhaken versehene Projektilen ab. Über die mit den Projektilen verbundenen Drähte werden elektrische Impulse auf die Zielperson übertragen, so dass diese kampfunfähig wird.

### Entscheidung zu Salvini am Montag

ROM (mit). Die Immunitätskommission des Senats entscheidet am Montag über die Aufhebung der Immunität von Lega-Chef **Matteo Salvini**. Abgestimmt wird darüber, ob gegen den dem Senat angehörenden Salvini ein Prozess wegen Freiheitsberaubung und Amtsmissbrauch im Zusammenhang mit den Migranten an Bord des Schiffes der italienischen Küstenwache Gregoretti im vergangenen Juli eingeleitet werden soll. Wegen Salvinis Einwanderungspolitik der „geschlossenen Häfen“ habe er zwischen Juni 2018 und dem vergangenen August als Innenminister amtierende Salvini die im Mittelmeer geretteten Migranten 4 Tage lang an Bord des Schiffes festgehalten. Salvini ist seit August nicht mehr Innenminister. Er

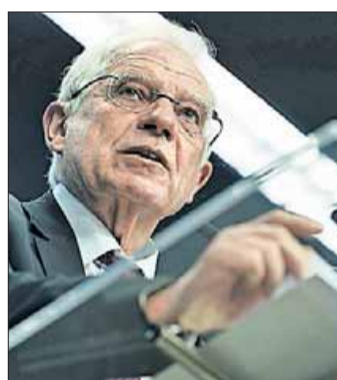


behauptete, dass der Beschluss, die Migranten auf See zu halten, um die EU zu einer Umverteilungsprozedur zu zwingen, im Einklang mit dem Rest der Regierung getroffen worden sei. „Am Montag wird entschieden, ob Salvini ein Krimineller, oder ein Italiener ist, der die Grenzen seines Landes verteidigt“, kommentierte der Lega-Chef gestern.

# Debatte über Militäreinsatz

**EU:** Vor Libyen-Gipfel beginnt Diskussion über die Entsendung von Soldaten

BRÜSSEL (dpa). Kurz vor dem Libyen-Gipfel in Berlin hat der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell einen Militäreinsatz der EU im Bürgerkriegsland ins Gespräch gebracht. „Wenn es einen Waffenstillstand in Libyen gibt, dann muss die EU bereit sein, bei der Umsetzung und der Überwachung dieses Waffenstillstandes zu helfen – eventuell auch mit Soldaten“, sagte der Chefdiplommat der Staatengemeinschaft dem „Spiegel“ am Freitag. Griechenland erklärte sich prompt bereit, sich an einem solchen Einsatz beteiligen zu wollen. Gleichzeitig beschwerte sich die griechische Regierung in Berlin, dass sie nicht zum Gipfel eingeladen wurde. Der Grund: Die Grie-



Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell.

chen befürchten wachsenden Einfluss der Türkei im Mittelmeer. Der griechische Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis

zeigte sich in einem Telefonat mit Kanzlerin Angela Merkel über „destabilisierende Aktionen der Türkei“ besorgt. Am Sonntagmorgen empfängt Merkel im Kanzleramt Vertreter aus mehr als 10 Ländern, die Einfluss auf den Libyen-Konflikt haben. Unter anderen werden der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan, der russische Staatschef Wladimir Putin und US-Außenminister Mike Pompeo in Berlin erwartet. In Libyen tobt seit Jahren ein Bürgerkrieg. Die weitgehend machtlose Regierung in Tripolis unter Ministerpräsident Fajis al-Sarraj wird dabei von den Truppen des Generals Khalifa Haftar bedrängt, der in Ostlibyen seine wichtigste Machtbasis hat.

### Muslimischer CSU-Kandidat in Bayern

MÜNCHEN (APA/dpa). Die CSU hat nun doch einen muslimischen Bürgermeisterkandidaten: Ozan Iyibas (37) wurde am Freitagabend einstimmig für das Rennen um den Chefposten im Rathaus von Neufahrn bei Freising (Oberbayern) nominiert. Der Bankkaufmann bekam in der Nominierungsversammlung 32 von 32 Stimmen. In Wallerstein hatte zuletzt ein muslimischer Anwärter auf die Bürgermeisterkandidatur wegen CSU-interner Widerstände aufgegeben.

## EUROPA-SPLITTER

# Die Konferenz zu Europas Zukunft

**EUROPÄISCHES PARLAMENT:** Die Idee einer großangelegten Debatte nimmt konkrete Gestalt an

Im Sommer 2019 kündigte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen an, die Europäer in eine Diskussion zur Zukunft Europas einzubinden: für 2 Jahre solle eine Konferenz tagen um die Herausforderungen der EU auszudiskutieren und neue Wege aufzuzeigen. Diese Woche hat das EU-Parlament eine Entschließung angenommen und der Idee konkrete Züge verliehen. Die Konferenz soll ab dem 9. Mai tagen. Neben der Konferenz selber die aus rund 250 Mitgliedern bestehen könnte, sollen thematische Bürgerforen zusammenkommen. Dort sollen jeweils ebenso viele Bürger und Bürgerinnen zusammenkommen, die nach dem Zufallsprinzip ausgewählt werden und keinerlei Mandatsträger sein dürfen. Auch 2 Jugendforen soll es geben für Menschen zwischen 16 und 25 Jahren. Das Plenum der Konferenz zur Zukunft Europas soll 8-mal zusammentreten. Doch was soll überhaupt diskutiert werden? Das Parlament spricht sich hier für einen offenen Zugang



Ein Stern fällt jetzt weg, wie geht es mit der EU weiter? AFP/GLYN KIRK

aus 6 Themenblöcke aber greift es als besonders relevant heraus:

- Europäische Werte, Grundrechte und Grundfreiheiten,
- Demokratische und institutionelle Aspekte der EU,
- Ökologische Herausforderungen und die Klimakrise,
- Soziale Gerechtigkeit und Gleichstellung,
- Wirtschaftliche, beschäftigungspolitische, steuerliche Fragen und digitaler Wandel,
- Sicherheit und die Rolle der EU in der Welt

Sämtliche Sitzungen sollen per Webstream übertragen werden und alle Dokumente müssten öffentlich zugänglich sein. Die Konferenz soll Experten und der Zivilgesellschaft offenstehen. Und damit all der Aufwand nicht umsonst ist, möchte das Parlament, dass die Konferenz konkrete Empfehlungen erlässt, die von den EU-Institutionen dann umzusetzen sind. Bleibt die Frage, wer im Plenum der Konferenz für die Zukunft Europas sitzen soll. Doch auch hier

hat das Parlament nun sehr konkrete Ideen vorgestellt. Die Plenarversammlung soll bestehen aus:

- Bis zu 135 Mitgliedern des EU-Parlaments,
- Einem Minister pro EU Mitgliedsstaat,
- 2 bis 4 Mitgliedern pro mitgliedstaatlichem Parlament,
- 3 Mitgliedern der EU-Kommission,
- 4 Vertretern jeweils des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses der Regionen,
- 4 Vertreter der Sozialpartner.

Freilich gesteht das Parlament ein, dass all dies nun erst von Parlament, EU-Kommission und Rat der EU in einer Vereinbarung gemeinsam festgehalten werden muss. Die Leitsterne Deutschland und Frankreich haben in einem gemeinsamen Papier verlaublich, dass ein solcher Konsens noch im Jänner hergestellt werden sollte damit die Konferenz im Sommer arbeitsbereit ist.

© Alle Rechte vorbehalten

## 4 FRAGEN AN ...

### ... Gabriel N. Toggenburg\*



Bedürfnissen. Was natürlich nicht heißt, dass es keine Enttäuschungen geben kann.

#### „D“: Welche Enttäuschungen meinen Sie?

Toggenburg: Diese Konferenz scheint in den Kleidern einer verfassungsgebenden Versammlung daherzukommen. Doch die EU-Verträge können gemäß Artikel 48 des EU-Vertrages nur von den Mitgliedsstaaten geändert werden.

#### „D“: Werden sich die EU-Bürger durch diese Initiative begeistern lassen?

Toggenburg: Nach einer rezenten Umfrage sprechen sich über 80 Prozent dafür aus, mehr auf EU-Ebene mitreden zu können. Wenn sich Rat und EU-Kommission den Ideen des Parlaments anschließen, dann haben die Bürger bald ihre Chance. Ein breiteres Bewusstsein dafür, dass das Europa der EU uns allen gehört, wäre eine schöne Sache.

© Alle Rechte vorbehalten

\* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz